

Israel hält Arafat weiter fest

Reisen müssen von Scharon genehmigt werden

JERUSALEM: Trotz der Festnahme der mutmasslichen Attentäter des israelischen Ministers Rehavam Seevi wird der palästinensische Präsident Jassir Arafat weiter in Ramallah festgehalten. Ministerpräsident Ariel Scharon erklärte am Sonntag, zwar werde die Blockade von Arafats Residenz gelockert, doch müsse er Reisen genehmigen lassen. Die palästinensische Autonomieregierung reagierte empört auf die Entscheidung und sagte ein geplantes Sicherheitstreffen mit Israel ab.

Die Entscheidung, Arafat seine volle Bewegungsfreiheit nicht zurückzugeben, wurde von der israelischen Regierung damit begründet, dass man weiter die Auslieferung der Attentäter Seevis fordere. Dies lehnt die palästinensische Führung ab, die die drei Verdächtigen vor palästinensische Gerichte stellen will. Die vor Arafats Hauptquartier aufgefahrenen Panzer sollten jedoch abgezogen werden.

Der palästinensische Unterhändler Sajeb Erakat sprach von einer inakzeptablen Entscheidung Israels, die zeige, dass der jüdische Staat nicht an



Gegenseitige Provokationen zwischen Palästinensern und Israelis gehören zur Tagesordnung.

einer Wiederaufnahme der Friedensgespräche interessiert sei. Diese «sehr schreckliche Entscheidung ändert nichts», sagte Erakat und stellte die Frage: «Wie kommt es, dass die Israelis jedes Mal, wenn wir den Friedensprozess fortsetzen wollen, solche Entscheidungen treffen?» Der palästinensische

Präsident befindet sich seit fast drei Monaten faktisch unter Hausarrest. Laut dem am Sonntag gefassten Beschluss darf er sich in Ramallah frei bewegen. Dies sei aber kein Zugeständnis, da Arafat das schon immer getan habe, sagte Erakat.

Für zusätzlichen Zündstoff sorgte

am Sonntag ein Zwischenfall in Ostjerusalem, wo Soldaten das Auto des palästinensischen Parlamentspräsidenten Ahmed Kureia beschossen. Kureia blieb unverletzt, doch wurde sein Fahrzeug von sieben Kugeln getroffen. Die Fahrt Kureias sei mit den israelischen Behörden abgestimmt gewesen, hiess es.

Der israelischen Armee wurde von Verteidigungsminister Benjamin Ben Elieser Zurückhaltung verordnet. Dennoch gab es am Wochenende neue Zusammenstösse. Am Sonntag schossen israelische Soldaten auf eine schwangere Palästinenserin, die mit ihrem Mann auf dem Weg ins Krankenhaus nach Nablus war. Mutter und Kind seien nicht in Lebensgefahr, teilten palästinensische Ärzte mit. Am Samstag wurde im Westjordanland ein Palästinenser von Soldaten erschossen. Nördlich von Ramallah wurden zwei israelische Soldaten von Palästinensern verwundet. In Rafah im südlichen Gazastreifen wurden 18 Palästinenser in einem Feuergefecht verwundet.

Eine Wiederaufnahme des Friedensdialogs forderte am Sonntag der jordanische König Abdullah II. In einem Telefongespräch mit US-Aussenminister Colin Powell sagte der Monarch, die USA müssten ihre Bemühungen um die Beendigung der Gewalt zwischen den Konfliktparteien verstärken.

Irak im Visier

WASHINGTON: Die US-Streitkräfte halten sich nach Angaben ihres Generalstabschefs Richard Myers zu einem militärischen Vorgehen gegen Irak bereit. Die Entscheidung liege allein bei Präsident George W. Bush, sagte Myers am Sonntag im Programm des amerikanischen Fernsehsenders ABC. «Und er hat diese Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht getroffen.» Zu Bedenken, wonach die US-Streitkräfte wegen des Kriegs in Afghanistan knapp an Munition sein könnten, sagte US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, die Lagerbestände würden derzeit rasch wieder aufgefüllt. «Sie können sicher sein, dass sich die Vereinigten Staaten nicht auf etwas einlassen werden, zu dem sie nicht in der Lage sind», sagte Rumsfeld dem Fernsehsender NBC. Bush will nach einem Bericht der Londoner Zeitung «The Observer» bei einem Besuch des britischen Premierministers Tony Blair im April das weitere Vorgehen gegen Irak abstimmen.

Raketen auf US-Stützpunkt

KANDAHAR: Auf den US-Stützpunkt in der südafghanischen Stadt Kandahar sind zwei Raketen abgefeuert worden. Bei dem Angriff am Samstagabend wurde niemand verletzt, wie ein amerikanischer Militärsprecher am Sonntag mitteilte. Kanadische und afghanische Soldaten sahen, wie zwei Fahrzeuge die Abschussstelle verliessen. Am nächsten Morgen wurden dort fünf weitere 107-Millimeter-Raketen gefunden und an Ort und Stelle zerstört.

Angriffe auf Wahlbeobachter

Drei Verletzte in Simbabwe

CHINHUYI: In Simbabwe sind zwei Tage nach den südafrikanischen Wahlbeobachtern am Sonntag auch Beobachter der Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika (SADC) angegriffen worden. Drei Beobachter wurden verletzt.

Ihr Auto wurde nördlich der Hauptstadt Harare mit Steinen beworfen. Delegationsleiter Duke Lefhoko war nach eigenen Angaben zu diesem Zeitpunkt auf dem Rückweg von einer Wahlveranstaltung der oppositionellen Bewegung für Demokratischen Wandel (MDC) in Chinhoyi, rund 110 Kilometer nördlich von Harare. Ein Stein zerstückte das Rückfenster des Fahrzeugs. Die Glassplitter verletzten drei Delegationsmitglieder aus Botswana. «Das Auto war klar erkennbar gekennzeichnet», erklärte er. Fünf weitere Autos des Konvois seien ebenfalls getroffen worden, darunter das einer TV-Mitarbeiterin. Augenzeugen wollen erkannt haben, dass die Angreifer T-Shirts der regierenden ZANU(PF)-Partei trugen. In Harare wurde am Sonntag eine MDC-Wahlkampfveranstaltung von ZANU(PF)-Anhängern angegriffen, so dass sie vorzeitig abgebrochen werden musste. Am vergangenen Freitag waren bei einem Angriff von Regierungsanhängern auf ein Wahlbüro der Opposition in Kwekwe zwei südafrikanische Wahlbeobachter verprügelt worden. In Simbabwe finden am 9. und 10. März Wahlen statt, bei denen der seit 22 Jahren regierende 78-jährige Präsident Robert Mugabe ein weiteres sechsjähriges Mandat anstrebt.

Verluste für Regierung in Indien

Einbussen für Hindupartei bei Landtagswahlen

NEU-DELHI: Bei Parlamentswahlen in mehreren indischen Unionsstaaten hat die Regierung von Ministerpräsident Atal Bihari Vajpayee am Sonntag teilweise hohe Verluste hinnehmen müssen. Die Hindupartei Bharatiya Janata (BJP) und ihre Verbündeten verloren die Mehrheit in drei von vier Unionsstaaten. Im bevölkerungsreichsten Staat Uttar Pradesh, der gleichzeitig Vajpayees Heimatstaat ist, fiel die BJP weit hinter die Sozialistische Partei zurück und errang nur noch 107 der 401 Sitze.

Im Punjab errang die Kongresspartei von Oppositionsführerin Sonia Gandhi die absolute Mehrheit und wurde auch in Manipur und Uttaranchal stärkste Partei. In Uttar Pradesh gestand der von der BJP gestellte Regierungschef Raj-

nath Singh seine Niederlage ein und kündigte seinen Rücktritt an. Dort erhielten die Sozialisten 145 und die Bahujan-Samaj-Partei (BSP), die ihre Anhängerchaft unter Hindus niederer Kasten hat, 98 Sitze. 25 Abgeordnete stellt die Kongresspartei, die hier keine grosse Rolle spielt. Nach diesem Ergebnis könnte Uttar Pradesh künftig von Sozialisten, Kongresspartei und anderen regiert werden. Denkbar wäre auch eine Koalition zwischen BJP und BSP, die jedoch nur eine hauchdünne Mehrheit hätte. Ein Sieg in Uttar Pradesh hat grosses Gewicht: Der Unionsstaat entsendet die meisten Abgeordneten ins Bundesparlament nach Neu-Delhi. Im Punjab verdrängte die Kongresspartei die mit Vajpayee verbündete Partei Shiromani Akali Dal aus der Regierung.

Jospin offiziell Kandidat

PARIS: Zwei Monate vor der Präsidentschaftswahl in Frankreich haben die Sozialisten Premierminister Lionel Jospin offiziell zu ihrem Kandidaten gekürt. Die Parteibasis sprach sich mit 99,07 Prozent für den 64-Jährigen aus, der einer neuen Umfrage zufolge mit Amtsinhaber Jacques Chirac gleichauf liegt. Auf einem ausserordentlichen Parteitag in Paris wurde Jospin am Sonntag von den Delegierten begeistert gefeiert. In seiner Rede kritisierte er Chirac als untätig. Genüßlich spielte Jospin auf die zersplitterte Rechte an und erklärte vor 1500 Anhängern: «Diejenigen, die sich selbst Chirac-Anhänger nennen, waren im eigenen Lager immer gespalten.» Die Kür Jospins war nach der Ankündigung seiner Kandidatur in der vergangenen Woche nur eine Formalität, er hatte keinen Gegenkandidaten. Der Regierungschef liefert sich mit dem Neogaullisten Chirac ein Kopf-an-Kopf-Rennen in der Wählergunst. Eine Ifop-Umfrage für die Sonntagszeitung «Journal du Dimanche» weist für beide genau 50 Prozent der Stimmen aus. Der erste Wahlgang findet am 21. April statt, die Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten am 5. Mai. Unterdessen versucht Chirac, die zersplitterte Rechte für die Präsidentschaftswahl hinter sich zu bringen.

Präsidentschaftskandidatin in Kolumbien entführt

Trotz Warnung der Regierung in Rebellengebiet gereist

SAN VICENTE DEL CAGUAN: Mit der Entführung einer Präsidentschaftskandidatin haben sich die Fronten im kolumbianischen Bürgerkrieg weiter verhärtet. Ein Kommando der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) verschleppte am Wochenende die Politikerin Ingrid Betancourt und ihre Wahlkampfmanagerin Clara Rojas, die trotz Warnung der Regierung in das Rebellengebiet gereist waren. Die kolumbianischen Streitkräfte haben am vergangenen Donnerstag eine Offensive gegen die Guerilleros eingeleitet.

Betancourt wollte wie zuvor bereits Präsident Andres Pastrana die Stadt San Vicente del Caguan besuchen, den grössten Ort in dem Rebellengebiet 250 Kilometer südlich von Bogota. Pastrana machte dort die Guerilleros für das Scheitern des Friedensprozesses verantwortlich. Wenige Stunden nach dem Einmarsch der Armee sprach er unter dem Schutz Hunderter Soldaten zur Bevölkerung.

Die 40-jährige Betancourt wollte ebenfalls eine Versammlung in San Vicente abhalten. An einer Strassensperre wurde sie jedoch von Guerilleros gestoppt, in einen Lastwagen ge-

führt und weggefahren, wie ihr später freigelassener Wahlkampfmanager Adair Lamprea mitteilte. In Kolumbien wird am 26. Mai ein neuer Präsident gewählt, Pastrana darf sich laut Verfassung nicht um eine weitere Amtszeit bewerben. Betancourt wurden

nach den bisherigen Umfragen kaum Chancen auf einen Wahlsieg eingeräumt. 1998 hatte Pastrana den Rebellen der Bewaffneten Revolutionären Kräfte Kolumbiens (FARC) das Gebiet von der Grösse der Schweiz überlassen, um einen Friedensprozess in Gang

zu bringen. Am Mittwoch erklärte Pastrana den bereits seit Monaten ins Stocken geratenen Friedensprozess für beendet, nachdem die Guerilleros ein Flugzeug in die Rebellenzone entführt und einen mitreisenden Senator gekidnappt hatten.



Ein Kommando der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) verschleppte am Wochenende die Politikerin Ingrid Betancourt und ihre Wahlkampfmanagerin. (Bilder: Keystone)

REKLAME

Millionen bezahlen!

UNO-Beitritt
NEIN

www.uno-nein.ch